

General-Anzeiger

für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg
Amtsgericht und versch. Gemeinden



Er scheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer M., durch Boten in Remberg M., in Reuden, Votta, Lubitz, Kieritz, Gommio und Gadsig M. und durch die Post M.

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 10 Zeilen oder deren Raum Pfg., die Spaltenbreite 12 Zeilen Pfg. **Belegagen:** Pfg. für das Hundert, ausschließlich Postgebühren. — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer 6,00 M., frei Haus 6,25 M., durch die Post einschl. Bestellgeb. 6,75 M. **Anzeigen:** Zeile 40 Pfg., Kleinanzeige 1 M., einschl. Steuer.

Nr. 58

Remberg, Sonnabend, den 21. Mai 1921.

23. Jahrg

Steuern.

Nach einer Bekanntmachung des Finanzamts Wittenberg haben alle Steuerpflichtigen, die für das Rechnungsjahr 1920 auf Grund eines „vorläufigen Steuerbescheides“ oder „Anforderungsetzels“ vorläufige Einkommensteuer entrichtet haben, bis zum Empfang des endgültigen Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1920 den gleichen Betrag auch für das Rechnungsjahr 1921 in vierteljährlichen Teilbeträgen zu zahlen.

Der fällige Steuerbetrag für das I. Vierteljahr 1921 ist mit den anderen Steuern (Gemeinde-, Kreis- u. Stadthundsteuer, Rentenauflagen und Schulgelb) bis zum 28. d. Mts. bei unserer Kämmerei zu einzuzahlen. Remberg, den 17. Mai 1921.

Der Magistrat.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 20. Mai.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat gemäß § 19 des Kirchengesetzes betr. eine außerordentliche Kirchensammlung zur Feststellung der künftigen Verfassung für die evangelische Landeskirche die Tage des 25., 26. und 27. Juni 1921 als Wahltag für die auf Grund des genannten Gesetzes vorzunehmenden Wahlen bestimmt. Der Präsident des evangelischen Konfessionsrats in Magdeburg als Wahlkommissar des Wahlkreises fordert die Gemeindeglieder auf, einen der genannten Tage als Wahltag für den Stimmentritt anzunehmen und am ihm die Wahl in einer Sitzung der nach dem Gesetz für die Wahl zuständigen kirchlichen Körperschaften durch deren Mitglieder vorzunehmen zu lassen. Die Wahl der zu wählenden Mitglieder ist für die folgende Sitzung am 27. festgesetzt. Die Mitglieder der kirchlichen Körperschaften werden aufgefordert, Wahlorschläge einzubringen. Diese Wahlorschläge müssen spätestens am 4. Juni bei dem Präsidenten des Konfessionsrats eingegangen sein. Falls bis zum Ablauf des 4. Juni 1921 nur ein gültiger Wahlorschlag eingegangen ist, findet eine Wahlhandlung nicht statt und die Bewerber des zugelassenen Wahlvorschlages gelten als gewählt.

Sperre für Patente und Wertsendungen nach den Orten Obersachsen. Wegen der durch die politischen Unruhen in Obersachsen eingetretenen schweren Störungen des Eisenbahnverkehrs musste die Annahme von Paketen und Wertsendungen nach dem oberächsischen Abstimmungsgebiet durch die Postanstalten bis auf weiteres eingestellt werden. Die unterwegs befindlichen Sendungen dieser Art werden zurückgeleitet und den Absendern wieder zugestellt. Von der Aufhebung der Sperre, die möglichst bald herbeigeführt wird, wird die Öffentlichkeit rechtzeitig Kenntnis erhalten.

Der viergleisige Ausbau der Strecke Halle-Berlin. Während des Krieges mussten die bereits in Angriff genommenen Arbeiten am viergleisigen Ausbau der Strecke Halle-Berlin infolge Arbeiter- und Materialmangel zum größten

Teil eingestellt werden. Wie wir erfahren, sind diese Arbeiten jetzt wieder aufgenommen worden. Das dritte und vierte Gleis auf dieser Strecke soll die unbedingt erforderliche Entlastung der mit Fern- und Güterzügen außerordentlich überlasteten Strecke bringen. Neben den umfangreichen Erdbearbeiten waren auch zur Durchführung des Planes der Umbau der Bahnhöfe Jüterbog und Ludenwalde erforderlich, die zum Teil jetzt vor dem Abschluss stehen. Während der Bahnhof Ludenwalde bereits die vorgesehenen zwei Bahnsteige hat, neben denen links der Bahnhof Berlin-Jüterbog das neue Bahnhofsgebäude errichtet worden ist, bestehen auf dem Bahnhof Jüterbog bisher nur zwei Bahnsteige, die späterhin um zwei weitere vermehrt werden sollen, für die ein Durchgangstunnel vor einiger Zeit bereits fertiggestellt ist. Weiterhin sind auch große Gleisunterführungsanlagen hinter dem Bahnhof Jüterbog im Vorhinein fertiggestellt worden, in den nicht weniger als sechs verschiedene Strecken einmünden, die sämtlich ohne Kreuzungen in gleicher Ebene gebaut sind. Zwischen Jüterbog und Ludenwalde, wo auf weiten Strecken der Bahnbaum für die beiden neuen Gleise fertiggestellt ist, ist jetzt das dritte Gleis stellenweise zur letzten Veranfassung der Bauzüge mit Material usw. hergestellt worden, während an anderen Stellen das Plannetz für die neuen Gleise mit Feldbahnen usw. hergestellt wird.

Am 2. Pfingstfeiertag veranstaltete der Radfahrer-Verein „Germania“ sein diesjähriges Pfingstfest. Aus der 130 Rm.-Zweiklassenfahrt (Strecke Remberg-Beilig-Remberg), an der sich 11 Fahrer beteiligten, gingen als Sieger hervor: 1. J. Anders, R.-B. „Wanderlust“ Biederitz, 4.18.5 Std.; 2. Walter Holzhausen, R.-B. „Ago“ Remberg; 3. B. Gehmann, R.-B. „Wiß“ Wittenberg; 4. Albert Müller R.-B. „Germania“ Remberg. Zeitmedaillen erhalten folgende Fahrer: 1. Stallbaum R.-B. „Wanderlust“ Biederitz, R. Schulze R.-B. „Wanderlust“ Gräfenhainichen, Wenzel R.-B. „Wanderlust“ Biederitz, F. Schulze R.-B. Schmiedeberg.

Gadsig. Bei dem am 2. Feiertage in Gadsig stattgehabten Radfahrerfest erhielt der hiesige Radfahrer-Verein „Wanderlust“ den 1. Preis.

Schändlich. Am Donnerstag mittag traf der Hilfsförster Wagner im Horbau auf seinem Dienstwege einen Mann im Jages 37, welcher der Wilderei oblag. Auf Knien legte der Wilderer auf den Förster ab, dieser kam ihm aber zuvor und erschoss ihn auf der Stelle. Der Schütze, aber besten Personalens noch nichts festsetzt, trug eine Pelzerine. Bei ihm wurde eine Wadenschmisse mit Hochrotladung vorgefunden.

Gladburg b. Seyda, 12. Mai. Am Montagabend wurde der seit 14 Tagen hier beschäftigte Hilfsförster Storz, Sohn des Hegemeisters Storz aus Forsthaus Nienitz bei Vitterfeld, mit einer Schußwunde im Kopfe im Walde tot aufgefunden. Der auf 10 Jahre Weisse aus Reben gelommene junge Mann, der etwa 21 Jahre alt war, wollte am Sonntag auf die Pirsch gehen. Am Montag lag ihn dann ein Waldarbeiter regungslos am Boden liegen; in der Annahme, er schlafe, unterließ der Arbeiter jedoch weitere Schritte, bis man am Abend die Schußwunde in der Stirn entdeckte. Der Tod

war bereits vor Stunden eingetreten. In der Hand hielt der Erschossene seinen Revolver, aus dem drei Schuß abgedehnt waren. Fünf Meter von ihm entfernt lag sein Gewehr, weitere fünf Meter die Wäpfe und noch weiter die Wäpfe. Offenbar hat ein Kampf mit Wilderern stattgefunden.

Altenburg, 18. Mai. (Festnahme eines Schwindlers.) Eine Kriegerwitwe in Geraschl in Niederböhmen erhielt kürzlich von ihrem angeheirateten Ehemann einen Brief. Der Ehemann, der in Biederitz noch amtl. nach dem Tod im Jahre 1917 in freiwilliger Gefangenschaft verstorben ist, teilte mit, daß er noch lebe und auf eine Insel verbannt worden sei. Durch einen Agenten, den er 10000 Mark versprochen hätte, sei er in besserer Begleitung nach Altenburg gebracht worden. Der Agent verlangte umgehend den erwähnten Betrag. Wenn das Geld bis spätestens am Sonnabend hier nicht eingetroffen sei, würde er durch den Agenten wieder nach der Insel gebracht. Da er in seiner Kleidung vollständig heruntergekommen sei, verlangte er noch weitere 8000 Mark, um sich damit anzukleiden. Nach seiner Rückkehr würde er den geringen Betrag halb wieder verdienen. Mit dem liebenswürdigsten Hochgefühl wartete der Brief besend. Die Kriegerwitwe übergab den Brief der Witwe ihres Heimatsortes und diese verhandelte die hiesige Kriminalpolizei. Von hier getroffenen Maßnahmen führten zur Festnahme des Schwindlers. Es ist ein 24 Jahre alter Grubenarbeiter aus Geraschl, der jetzt in Rauenhorst wohnt und bei der Bekleidungs der Familie, die er verkaufen wollte, genau kannte. Er wusste nur nicht, daß der Mann, für den er sich ausgab, in der Gefangenschaft gestorben war. Der Festgenommene, der gefählich war, wurde der Gerichtsbehörde übergeben.

Milchkäufen i. Th., 13. Mai. (Prähistorischer Fund an der Berca.) In der Gemarkung Großberca wurde ein Rammstößsahn ausgegraben. Derselbe lag etwa 7 Meter unter der heutigen Erdoberfläche und ungefähr 20 Meter aber dem jetzigen Wasserpiegel der Berca. Er hatte bei der Aufgrabung noch eine Länge von 3,20 Meter, dürfte aber ursprünglich wenigstens 4 Meter lang gewesen sein. Der Durchmesser betrug am distalen Ende 70 Zentimeter bei einer Halbkreisform. Gelebt hat das Riesentier 23-30000 Jahre vor unserer Zeitrechnung. Zwei Zähne dieser Art wurden schon in früherer Zeit in unserer Gegend gefunden, einer bei Wandrieß und einer bei Jessäß. Der jetzige wertvolle Fund wurde dem hiesigen Museum zugesandt.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 22. Mai. (Trinitatis.)

1. Remberg.

Rolle für die kirchliche Armenpflege.
Vorm. 1/9 Uhr: Beicht. Archid. Schulze.
Vorm. 9 Uhr: Hauptgottesdienst. Archid. Schulze.
Hierauf Feier des heiligen Abendmahls.
Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst. Propst Meyer.
2. Gommio.
Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst. Propst Meyer.

Grundstück-Verkauf

Auf das in Gadsig bei Remberg gelegene Hausgrundstück nebst Stalung und Scheune werden Angebote bis Dienstag, den 24. Mai, entgegengenommen.

Reinhold Hilgenhof

Donnerstag, den 26. Mai, abends halb 8 Uhr, sollen im Rembergschen Hof in Votta

Acker und Wiese

meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.
Der Besitzer

2 frische milchende Ziegen
1 Schlachthidehül
1 kleiner Wachsund
und Legehühner
verkauft Lampert, Reuden.

2 Ziegen und ein Lamm

sind zu verkaufen
Reinhold Hilgenhof, Gadsig

Leinölfirnis

Del- u. Wasserfarben empfiehlt Ww. Wih. Becker

Fußbodenlackfarbe

Emaille-Lackfarbe (weiß) freischmelzbar Ww. Wih. Becker

Del- und Wasserfarben

Bernsteinlack Fußbodenöl Terpentin, Firnis, Sikkativ fertige Fußbodenfarben Pa. Schlemmkreide Ia. Carbolineum Alle Sorten Pinsel

Nägel

in jeder Art und Größe empfiehlt billigst J. G. Staubig

Dachpappe

Dachteer

Klebmasse

Zement

Gyps

Rohrgewebe

Leinmehl

Kokoskuochen

liefern billigst Otto Möbins, Bergwitz

Dienstag, den 24. Mai

abends 8 Uhr verpachtet ich an Ort und Stelle die dem Herrn Dr. Möller gehörige

Habewiese

öffentlich meistbietend J. A. P. Mengewein

la. ger. Seelachs

Empfehle

Wachsheringe und

Maisische

saure Gurken

und Pa. Mosttrich

Pfund 2,20 M., bei größeren Abnahmen bestehend billiger.

Schneiders Bistangsäcker

Zus. Reinh. Hartmann.

Der letzte Schleier.

Die Entente hat mit der Annahme des Ultimatus durch Deutschland erreicht, was sie wollte. Sie hält das Zeugnis ihres langen Kampfes fest an der Spitze. Da ist es denn wohl der Zeit, die Frage aufzuwerfen, ob die Entente, nun sie sich ganz sicher weiß, da alles vertriebt und besiegelt ist, nicht den letzten Schleier von dem, was hinter uns liegt, entfernen und der Wahrheit über den Krieg, natürlich in ihrem Sinne, die Ehre geben und die Archive von Paris, London, Brüssel, Rom und Washington öffnen wird. Die Zeit dafür scheint gekommen.

Bisher sind alle Anrörungen, in dieser Richtung ebenso vorgegangen, als von deutscher Seite geschehen ist, erfolglos gewesen. Die Entente hatte guten Grund, sich ablehnend zu verhalten, denn so lange wir nicht alles unterforschen hatten, bot jede Enthüllung über die Kriegsschuld, ob der sich Deutschland im Vertrage von Versailles doch nur gezwungen hatte bestimmen müssen, uns Gelegenheit, Widerspruch zu leisten und die Interferenz zu vermeiden. Man haben uns das Ultimatum angenommen und können nicht mehr zurück. Was geschrieben ist, das ist geschrieben. Jetzt kann sich in der Seele der Entente auch so etwas wie moralische Verpflichtung regen, der Welt von dem kenntnis zu geben, was geschrieben ist. Die Entente hat Deutschland mit Gewalt niedergedrückt, sie sagt zwar, sie habe auf Grund des Rechtsanspruches von Deutschlands Kriegsschuld gehandelt, aber besiegelt hat sie das Ultimatum angenommen und nun durch Öffnung der Archive erbracht werden.

Es ist also damit zu rechnen, daß in nicht ferner Zeit zur Ehre der höheren Reputation der Entente eine Reihe von Sammlungen diplomatischer Aktenstücke in London, Paris und zur Veröffentlichung gelangen werden. Natürlich in einer Form, die den Interessen der Gegenseite entspricht, und das ist nicht ferner, denn das Papier ist geduldig, und es wäre nicht das erstemal, daß aus einer Reihe diplomatischer Schriftstücke ein Text gesehrieben würde, der das Gegenteil von dem wirklichen Inhalt ergibt. Dann ist der gute Mut der Entente gerettet, und Deutschland ist auch moralisch verurteilt. „Allernünftig und wohlverdientermaßen“. Das alles wird gewiß verurteilt werden, aber deshalb braucht es noch lange nicht zu gelingen. Und ob es gelingen wird, das hängt von den Möglichkeiten und der Energie des Mannes ab, der zur gegebenen Zeit bei uns als Reichsminister des Außenwesens tätig sein wird, der den Mut hat, den von der Entente bestimmt gelassenen Schleier entschließen zu reißen.

Bisher sind wir gegen unsere Sieger viel „ritterlicher und rücksichtsvoller, erdlicher und anständiger“, wie Lloyd George sich ausdrückt, gewesen, als sie gegen uns. Unter Umständen ist das ein großer Respekt und moralisches Terrain zu erobern. Bisher haben wir in der Abwehr von diplomatischen Entente-Missionen nicht viel Glück gehabt. Seien wir bereit, wenn sich die Gelegenheit bietet, den anderen, was sie uns mit Tinte und Feder zugefügt haben, mit Zins und Zinseszins heimzusuchen. Wm.

Vorwichtigster Beitrag zur Vorgeschichte des Krieges.

Als hauptsächlich russischen diplomatischen Akten hat der ehemalige Sekretär der russischen Botschaft in London, v. Siebert, einen umfangreichen Band „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte der Entente-Politik der Vorkriegsjahre“ veröffentlicht, den einen noch wichtigen Beitrag zum Verständnis des letzten Vorkriegsjahres darstellt. Die Veröffentlichung besteht aus 860 diplomatischen Aktenstücken und ist in 21 Kapitel gegliedert, die ohne verbindenden Text sachlich und chronologisch geordnet aneinander gereiht sind. Das Urkundenmaterial behandelt alle wichtigen Fragen der letzten fünf Jahre vor dem Kriege: Die Balkanfrage, Englands und Frankreichs Politik in Persien, die asiatische Frage, türkische Fragen, Bagdadbahn, Wladivostok, Ästlan in Ostasien, die russische Balkankrieg und die Londoner Botschaftskonferenz, die Mission Aman von Sanders, die russische Meeresgenossen-

Nach Angeln.

Es geht stark auf Sommers Anfang zu, in fünf Wochen haben wir den längsten Tag im Jahre. Dann geht es wieder abwärts. Und wir müssen nun doch wohl fragen, was ist vorbereitet, um das zu schaffen, was in diesen Tagen ins Werk gesetzt werden sollte? Was ist wieder zu tun, was ist wieder zu scheitern worden, aber über das werden wir man meist nicht hinauskommen. Allerdings, die Jugendwirtschaft wird weiter eingeschränkt, am 1. Juni werden Milch und Butter freigegeben werden. Aber im Wohnungsbau bereiten wir Lieferungen von 25 000 Säusen für den Wiederaufbau in Belgien und Frankreich vor, bel uns jedoch in Deutschland, bei der Mangel an Wohnräumen so groß ist, bleibt wieder alles auf dem Papier stehen. Der Frühling ist bald vorbei, und es sieht zu besorgen, daß es im Sommer nicht anders werden wird. In ist der Herbst da, und die Waage ist jetzt zu Ende. Wie eine solche Stocung bestehen bleiben kann, das ist schwer zu begreifen, und noch schwerer, daß nicht ein häßlicher Protest aus den Kreisen der Anteilrenten erfolgt.

Das Reichsmittelverwehrsloß hat sich nach Angeln verhandelt werden, Steuern werden wir ohnehin genug zahlen müssen, das Wasser ist aber reichlicher für alle, die bauen wollen und können. Die Steuererträge sind nicht nur in überreicher Zahl vorhanden, sie sind auch noch voller Zehner und irriger Voraussetzungen, trotzdem sie oft gegen sich geändert wurden. Die Warnung, die darin für die Steuererhebung der Zukunft liegt, ist noch nicht beherzigt worden, und so müssen wir befürchten, daß ein Sturzbad voll neuer Steuerprojekte über uns ausgeschüttet wird, unbekümmert darum, ob der Arbeiter zu zahlen, nicht zu größer ist, als die Einnahmen, die sie im besten Falle erbringen können. Was es schon bei der Steigerung der Frachttarife auf der Eisenbahn der Fall gewesen ist, die den Preis-Abbau für die Nahrungsmittel verhindert.

Was ist geschehen, um die Verbilligung der Lebensmittel ernstlich vorzubereiten? Fast nichts. Welt witten zwei Jahren haben wir a. W. die freie Wirt-

schaft für Hühner. Sie stehen heute trotzdem noch vielfach über einer Mark. Der Zentner Kartoffeln muß mit 50 M. und darüber bezahlt werden. Nötig ist das nicht. Und so läßt sich noch manches sagen. Wir müssen aber unbedingt dieser Frage näher treten, denn was soll aus der Erfüllung der Verpflichtungen des Ultimatus, aus der drohenden Zunahme der Arbeitslosigkeit werden? Wie haben lange genug wie der Vogel Strauß zu Kopf hat, um seinen Blick von den unliebsamen Dingen, die unaufhaltsam auf uns losmarschieren, nichts zu sehen. Jetzt ist es aber damit vorbei. An eine Verbilligung der Kohlen- und Brei-Preise ist schon gar nicht zu denken zu sein. Für diejenigen, die erwiesenermaßen das amtlich herausgesprochene Existenz-Minimum nicht haben ist noch nichts geschehen, während andererseits die Leunungsanfragen kein Ende nehmen.

Geht es nun freilich werden, daß die Reichsregierung und die Entente in Winter wie im Frühjahr an inneren und äußeren Dingen nicht leicht zu tragen hatten. Aber gegen diese Überforderungen, die keine waren, hätte man besser gerichtet sein können. Die Bevölkerung ist mit Recht viel mißtrauischer gewesen, als die Herren am grünen Tisch, ohne die Volks-Energie wäre mangelhaft noch schärmer, als es heute ist. Wir haben heute so da, daß 3 wirtlich nicht darauf ankommt, wie man gerade dieser oder jener Minister heißt, sondern daß Heutzugewand und Projekte-magerei aufhören. Wm.

§ 234 des Versailler Vertrages.

Ohne Vorbehalt hat die neue Reichsregierung die Bedingungen des Ultimatus der Entente angenommen. Diese Bedingungen sind aber rein summarisch und keineswegs in allen Punkten klar, und damit ist späteren Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten wieder Tür und Tor geöffnet. Vor allem hätten wir sofort nach Empfang der Bedingungen darauf bestehen müssen, daß die Worte eingeschaltet wurden, die Bestimmungen des Friedensvertrages dürfen durch die neuen Bestimmungen nicht weiter angefaßt werden. Tatsächlich ist nämlich in der wichtigsten Anordnung des Vertrages, die zu unseren Gunsten sprach, ausgehoben worden. § 234 des Versailler Vertrages besagt, daß, die von uns zu leistenden Jahreszahlungen der finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt werden sollten, und daß die Beträge in wirtschaftlichen Krisen Jahren ermäßigt oder erlassen werden könnten. Damit ist das Ultimatum einfach fort und nachdem wir es angenommen haben, sind wir mit der Aufhebung des § 234 des Friedensvertrages, der für uns sehr wertvoll hätte werden können, einverstanden. Wir haben jetzt alljährlich 2 Milliarden Goldmark und 25 Proz. des Wertes der deutschen industriellen Ausfuhr zu zahlen, müssen also mindestens mit etwa drei Milliarden Goldmark jährlich rechnen. Im Anfang wird sich das wohl machen lassen, aber wie es später kommen wird, das ist bei der ungewissen Steuerbelastung, die ohnehin auf uns ruft, sehr ungewiß. Auch in den Bestimmungen über die Ausgabe und die Amortisierung der Bonds von der deutschen Reichsschuld ist mangelhaft nicht klar und wird noch zu Verhandlungen Anlaß geben, in denen uns kaum noch etwas anderes übrig bleiben wird, als uns abzumähen zu lassen.

Diese Schuldverpflichtung besteht für die Dauer von 27 Jahren, also für länger als ein volles durchschnittliches Menschenalter. Heute denn mancher, mit der vorläufigen Abwendung des Einmarsches der Franzosen ins Ruhrgebiet, ist Deutschland ein Stein von Herzen gefallen, aber wenn eine große Sorge für die Gegenwart vorhanden war, so blieb eine größere für die Zukunft bestehen. Auch in der internationalen Handelswelt wird man froh sein, daß endlich dieser Stein des Anstoßes aus dem Welt geschafft ist, aber es regt die Garantie dafür, daß die Entente in der Zukunft Ruhe halten werden. Der ganze Welt war nervös geworden. Niemand kann in diesem Augenblick eine wirkliche Gesundung eingetreten ist, und ob wir mit der gleichen Ehrlichkeit behandelt werden, mit der wir verpflichtet haben, zu erfüllen, steht noch sehr in der Frage.

Neuer Entente-Spektakel.

Die für uns so überaus wichtige oberflächliche Angelegenheit, die wesentlich zur Annahme des Ultimatus beigetragen hat, ist bis Anfangs nicht nur nicht gelöst worden, sondern zeigt auch noch keine Spur von einer bestimmten Entscheidung.

Wir wollen zur Ehre Lloyd Georges einmal annehmen, daß er selbst daran festhält, den größten Teil von Oberhiesien uns zu bewahren. Auch schon diese Möglichkeit, die Pariser Zeitungen wieder rebellisch gemacht, die Schweden, das französische Volk mußte hart ansetzen, daß das oberhiesische Industriegebiet an Polen komme. Das der französische General Le Mond in Döhlen besitzet hat, mit dem famosen Korsanik Grenzabmachungen getroffen zu haben, will wenig besagen. Wenn in Paris die Polentrommel gerührt wird, so ist der General unten durch. Auch daß die Engländer und Italiener wenig von diesem französischen Vorhaben bescheidigt sind, garantiert uns noch nicht Frankreich weiß, so hat es zu tun hat, um seinen Blick durchzusetzen. So ist der Spektakel wieder wegen neuer Verdrängung und Benachteiligung Deutschlands im Gange, nachdem eben erst die Annahme des Ultimatus im Reichstage erfolgt war.

Geht es nun freilich werden, daß die Reichsregierung und die Entente in Winter wie im Frühjahr an inneren und äußeren Dingen nicht leicht zu tragen hatten. Aber gegen diese Überforderungen, die keine waren, hätte man besser gerichtet sein können. Die Bevölkerung ist mit Recht viel mißtrauischer gewesen, als die Herren am grünen Tisch, ohne die Volks-Energie wäre mangelhaft noch schärmer, als es heute ist. Wir haben heute so da, daß 3 wirtlich nicht darauf ankommt, wie man gerade dieser oder jener Minister heißt, sondern daß Heutzugewand und Projekte-magerei aufhören. Wm.

Merletti aus aller Welt.

Durch eine Explosion entzündet wurde letzthin eine geheime Sprengstoffkammer auf einem Grundstück im Berliner Zentrum. Hier gab es um 9 Uhr einen lauten Knall. Gleich darauf brach Feuer aus. Die Feuerwehr, die zum Löschen geschickt wurde, fand jedoch eine Sprengstoffkammer, die der Kaufmann Karl Franzow im geheimen betriebelt hatte. Dünne Bretter schützten und den Brand verurteilt. Franzow erlitt erhebliche Verletzungen, ergriff aber trotzdem die Flucht und ist noch nicht ergriffen.

In ihrer Wohnung überfallen, geschleht und beraubt wurde die Witwe Luise S. in Berlin-Friedenau,

Auf die Meldung, in der zweiten Hälfte solle wegen Oberhiesien eine Entente-Konferenz unter Teilnahme Deutschlands stattfinden, ist leider nicht viel zu geben. Die Gegner Deutschlands räumen darauf, daß sich die dahin für uns eine neue Gelegenheit wegen der Wirtlich und wegen der angebotenen Kriegsschuldigen Genugtuung haben wird, und daß wir dann wegen Oberhiesien umfallen werden. Darauf, daß wir die streife Ähnhil, Fleck und einen Teil von Kantonik (englischer Vorstoß) verlieren werden, macht man sich in Berlin schon gefaßt, und diese Stimmung ist natürlich in Paris und London genau bekannt. Es ist dringend nötig, daß bei uns ein anderer Ton angeschlagen wird. Es handelt sich nicht etwa um Dankbarkeit, wenn uns nur die oben genannten Punkte angenommen werden, sondern wir haben einen ungewöhnlichen Rechtsanspruch auf das ganze, ungeteilte Oberhiesien, das bestmöglich auch niemals zum früheren polnischen Weide gehört hat. H. O.

„Deutsche Truppen für Oberhiesien“.

Scharfe Stellungnahme Lloyd George gegen Polen. Im englischen Interchange fragte Samuel Hoare, über die in Döhlen festhalten durch die polnischen Aufständigen geschaffene Lage sprechen, an, ob die alliierten Delegierten an Ort und Stelle die getroffenen Vorbereitungen benehmt und so sie ihnen Regierungen darüber Bericht erstattet hätten. Wenn dies der Fall gewesen sei, weshalb denn nicht Vorkehrungsmaßnahmen getroffen werden seien, um die Durchführung des Friedensvertrages zu verhindern? Sir Samuel Hoare forderte, daß ein Druck auf die polnische Regierung ausgeübt werde, um die polnischen Freibeuter zu zwingen, Oberhiesien zu räumen. Kennnorth erklärte, daß es besser sei, ganz Oberhiesien würde an Deutschland gegeben.

Lloyd George erklärte hierauf: Der allgemeine Wunsch der alliierten Kommission sei gewesen, die Gebiete, die überwältigend polnisch gestimmt hätten, an Polen zu geben. Der Schritt Korsanik sei jedoch als ein Versuch, eine vollkommene Zerschlagung zu schaffen, eine völlige Missachtung des Versailler Vertrages. Wenn in die Welt nicht streng gerichtet werden würde, so bedeute das eine ernste Gefahr für den Frieden Europas.

Er sei bestürzt über das, was erfolgen müßte, wenn nicht der Welt das Vertrauen wiedergegeben würde. „Sie mögen vielleicht sagen, es sind ja nur Deutsche, schlagt nur zu! Aber ich sage, sie haben ein Recht auf alles, was der Vertrag ihnen gibt. Für die Alliierten ist es von höchstem Interesse, daß den Versailler Vertrag respektiert

wird. Wenn der Frieden gestört werde, so vermöge er nicht voranzufahren, was mit Europa geschehen werde. Er sei in Ansehung, ja in Schwere bestetzt, bei dem Geballe der Zerschlagung zu schaffen, eine völlige Missachtung des Versailler Vertrages. Wenn in die Welt nicht streng gerichtet werden würde, so bedeute das eine ernste Gefahr für den Frieden Europas.

Er sei bestürzt über das, was erfolgen müßte, wenn nicht der Welt das Vertrauen wiedergegeben würde. „Sie mögen vielleicht sagen, es sind ja nur Deutsche, schlagt nur zu! Aber ich sage, sie haben ein Recht auf alles, was der Vertrag ihnen gibt. Für die Alliierten ist es von höchstem Interesse, daß den Versailler Vertrag respektiert wird. Wenn der Frieden gestört werde, so vermöge er nicht voranzufahren, was mit Europa geschehen werde. Er sei in Ansehung, ja in Schwere bestetzt, bei dem Geballe der Zerschlagung zu schaffen, eine völlige Missachtung des Versailler Vertrages. Wenn in die Welt nicht streng gerichtet werden würde, so bedeute das eine ernste Gefahr für den Frieden Europas.

Rein fait accompli anerkannt. Er hoffe auch, daß, obwohl es sich um Deutsche handelt, England immer mehr zeigen werde, daß es für fair play eintreten und daß seine Autorität in Europa in immer steigendem Maße dafür einlehen werde. Das einzige, was er im Namen der Regierung zu sagen möchte, sei, daß, was auch immer sich ereignen möge, sie ein fait accompli nicht anerkennen könnte.

Polen sei das letzte Land in Europa, das ein Recht habe, sich über den Friedensvertrag zu beschweren, denn Polen habe den Vertrag von Versailles nicht gewinnen helfen. Die Tatsache, daß Waffen von

Franz D. empfangen zwei junge Leute, die angeblich, einen wertvollen Schmuck, den die Witwe verkaufen wollte, zu erwerben. Sie waren elegant gekleidet und der eine von beiden nannte sich Oswald von Bergmann. Sie ließen sich den Schmuck zeigen, fielen dann aber plötzlich über die Frau her, niederknien und festhielten sie im Versteckten dann unter Annahme des Schmuckes.

Millionenweise für märkische Heberlandzentralen. Der Brandenburgische Provinzial-Landtag, der zur Fortsetzung seiner diesjährigen Sitzung am nächsten Mittwoch im Landeshaufe zusammenzutreten wird, wird sich in seiner Veranlassung über den Etat für 1921 mit einer bedeutungsvollen Vorlage zu beschäftigen haben, die eine Millionenanleihe zugunsten der märkischen Elektrizitätswerke A.-G., deren Aktien sich im Besitz der Provinz und der beteiligten Verbände befinden, vorsieht. Sie soll in Höhe von 150 Millionen aufgenommen werden und dem Ausbau der Heberlandzentralen in der Provinz Brandenburg dienen, und die noch nicht mit Elektrizität versorgten Gebiete durch den Bau neuer Leitungsröhren und den Anschluß bisher unbenutzter Orte zu erschließen. In der Provinz sind noch etwa 3000 Orte anzuschließen.

Haubühnen in Berlin. Freitag morgen gegen 9 Uhr wurde der 73-jährige Hagenränder Regel in seinem Laden in der Godesstraße von seiner Tochter beunruhigt und aus schweren Holzstößen stehend aufgefunden. Der alte Mann lebe in seiner kleinen Wohnung nicht, seine Tochter, sein Sohn, sein Enkel, sein Sohn und die Wohnung in Ordnung bringen. Regel stand sie alle Türen verschlossen und ließ daher, nichts Gutes ahnend, durch das Achtenfenster ein. Der Laden war erbrochen und das Geld geraubt. Außerdem schloß dem alten Mann die Verlobte, in der sich etwa 15 000 bis 20 000 Mark befinden haben sollten. Der Täter hat jedenfalls Freitag früh den Laden betreten, um Hagenränder zu kaufen; ein Bündel Hagenränder, das auf dem Tisch liegt, ist ihm darauf hingeworfen, was Regel dann die Käse stiftete, um sich herauszumanen, hat er ihm vermuldet, die schweren Stücke in den Kopf zu werfen. Der alte Mann wurde in das Urban-Krankenhaus gebracht.

Kolon her eingeschifft wurden, daß Offiziere die Grenze überschritten, mache es sehr schwer, sich dem Gefühl zu verschließen, daß die Ablehnung der Verantwortung nicht anders als bloß im Wortsinne zu deuten sei. Deutschland soll mit seinen Truppen die Ordnung wieder herstellen.

Es gibt nur zwei Wege, der Lage gerecht zu werden. Der eine besteht darin, daß alliierte Truppen die Ordnung wieder herstellen. Das wäre sehr wohl möglich. Aber wir haben kein Recht, unseren Verbündeten zu sagen, sie sollten ihre Truppen verwenden, um die Ordnung wiederherzustellen.

Aber es gibt keinen Grund, warum die Alliierten etwas dagegen haben sollten, daß Deutschland seine Streitkräfte, die es hat, gebraucht, um in seiner eigenen Provinz die Ordnung herzustellen. Das ist fair. Und für fast halb West-England. Ich hoffe, es wird bis zum Ende dafür einfließen.

Es droht ein Chaos für Oberschlesien.

Nach päpstlichen Berichten aus Oberschlesien besche dort nicht nur die unmittelbare Gefahr, daß die Deutschen im unmittelbaren Gebiet die Oberhand gewinnen werden, sondern auch, daß ständig nicht inländische sein werde, seine Gefolgsleute im Laufe zu halten. Es seien Anzeichen vorhanden, daß die Kurulanten thun aus der Hand gleiten, und es scheint unwahrscheinlich, daß sie sich dem letzten Versuch, die Feindseligkeiten einzustellen, halten würden. Die Desorganisation der Lebensmittelförderung, des Eisenbahnverkehrs und anderer Dienstleistungen bedrohe das ganze Gebiet mit Chaos.

Im Frankreichs Hofe.

Diese ersten mahdenden Worte sind in letzter Linie nicht aus der Polen allein, sondern auch aus Frankreich gerichtet, das ja nach übereinstimmenden Berichten der englischen, italienischen und amerikanischen Presse Mißtrauen, wenn nicht gar Hauptgrund an dem Jungensanstand trägt.

Amerika fordert die Alliierten über Oberschlesien.

Der neue Vertreter Amerikas im Obersten Rat, Wallace, hat im Namen seiner Regierung alle auf die oberste Frage bezüglichen Dokumente erbeten und nach Washington geschickt. Die Bitte verurteilte die dringende Überzeugung in Diplomatenkreisen, da sie annehmend eine größere amerikanische Teilnahme anzeigen, als man ihr zu erwarten hatte. Sie wies die vielen Vermutungen zurück, wieweil die Vereinigten Staaten sich in die offenen Geschäfte einmischen gedächten. Die Franzosen scheinen zu befürchten, daß Amerika unter dem Eindruck der deutschen Umwälzung der Londoner Beschlüsse seinen Einfluß in die Vorgesänge verliere, daß Deutschland die Industriestädte gegeben werden.

Millionenwerte in Müllgruben als Freigut.

Die großen Müllgruben auf den ehemaligen Schieß- und Truppenübungsplätzen bei Jüterbog wurden durch die Potsdamer Straßmann nachträglich durchforstet und dadurch der Deffinitivität übergeben. Dieser wäre es gewesen, wenn die Müllgruben zu rechter Zeit vom Reichsverbandsamt durchforstet worden wären. Viele Millionen wären dem Staat erhalten geblieben. Wegen Diebstahls der Scherel waren mehrere große, alte Eisenbahnen angefaßt. Die Angefaßten hatten sich auf den großen Müllgruben bei Jüterbog getrenntweise wertvolles Feuerzeug, das unter alten Eisen in den Gruben herumlag, aufzortiert und angeeignet. Metallstücke und Stoffboxenmütern, von denen das Stück allein mit 400 Mark bezahlt wurde, ja komplette Militärartikel waren in die Gruben von den Heeresverwaltungsinstituten verstreut worden. In einem Falle hatte sogar ein als Hege benommener Hauptmann schriftlich Erlaubnis zum Abfahren der Müllgruben einem Angefaßten erteilt. Den Stempel auf diesen Schlenker drückte der Adjutant des Schießplatzes, Großmarkdorf, auf, indem er öffentlich die Bevölkerung zum Abwenden der Fläche aufrief. Ein einziger Kriminalbeamter beschlagnahmte

wie er vor Gericht aussetzte, bei einem wüsten Händler nicht weniger als 200 000 Mark wertigen. In vergangenen Jahre hatten sich an den Schießplätzen binnen acht Tagen nicht weniger als 400 Händler in Jüterbog niedergelassen. Was die Heeresverwaltung als Mitteln in die Müllgruben werfen ließ, brachte den Händlern, wie sie befanden, Hunderttausende ein. Die Angefaßten gaben zu ihrer Entschuldigung an, daß sie diese Müllgruben als Freigut für jedermann betrachtet hätten. Die Entschuldigung konnte dem Gericht selbst mit einem großen Zeugnisausbeut nicht überlegen. Die Wirtschaft und Bergewald mit dem Feuerzeug war auf den Müllgruben, daß der Staatsanwalt die Freisprechung beantragte. Dementprechend wurden die Angefaßten, sowohl Helfer als auch Diebe, auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Diese hier geschriebenen Vorgänge zeigen, wie sehr die Bergewald an, sondern noch heute werden, wie die Zeugen aussetzten, die Truppenplätze von Tausenden von wilden Händlern überlaufen, die sich aus staatlichen Müllgruben ein Vermögen herauszortieren, trotzdem eine Berliner Firma schon durch die Beschäftigung die Millionengewinne der Müllgruben für sich in Anspruch genommen hat. Gerechtigkeit öffnet diese Gerichtsverhandlung den Behörden die Augen, auf daß solche Verhältnisse endlich ein Ende finden.

Rundschau.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im preussischen Landtag nahm am 10. Mai die Wahl des endgültigen Fraktionsvorsitzenden vor, dessen Mandatverhältnis auf die Zeit bis zum 15. Januar 1922 begrenzt wurde. Es wurde ein Vorstand aus sieben Personen, dem 1. Vorsitzenden, dem 2. Vorsitzenden, dem Geschäftsführer und 4 Beisitzern gewählt, die abwechselnd den Vorsitz in den Fraktionsitzungen zu führen haben. Zum 1. Vorsitzenden wurde Dr. v. Krause, zum 2. Vorsitzenden Dr. v. Cerny, zum Geschäftsführer Dr. v. Cerny und zu Beisitzern Dr. v. Cerny, Cerny, Cerny, Frau v. Kulezka und Cerny gewählt.

Adens Stellung zum Ultimatum. In der Landtagsitzung am 12. Mai gab der Eintritt in die Tagesordnung Staatsministerpräsident Brand eine Erklärung zur Frage des Ententeultimatums ab, wobei er u. a. sagte: Mit der Reichsregierung stellt sich die badische Regierung auf den Boden der Annahme des Ultimatum, zu deren Ermüdung und zwar im Sinne des von der Reichsregierung ins Auge gefassten Bieleß ist in den letzten Tagen in Berlin mitgewirkt. Ich knüpfe daran die Hoffnung, daß infolge der Annahme Oberschlesien dem deutschen Vaterland erhalten bleibt. Gestatten Sie mir auch die Überzeugung auszusprechen, daß Bayern, seine Regierung und seine Bevölkerung, um die Einheit des Reiches zu retten und heutzutage Land vor feindlicher Invasion zu bewahren, sicherlich zur Erfüllung der Deutschland aufgezogenen Leistungen mitwirken wird.

Strasmanas des Reichswehrministers gegen die „Note Fohne“. Die „Note Fohne“ veröffentlicht in ihrer Freitag-Morgenausgabe sechs angebliche „Beispiele“ des Reichswehrministers, in denen dieser die Anlage von Waffendepots in Oberschlesien, die Ueberführung von 30 Geschützen sowie die Entsendung von Reichswehroffizieren als „Ausfälle“ vorführt, foban unter „Gut“ die Gründung eines „Kommunales“ und schließlich den Befehl zum Einrücken der Reichswehr in Oberschlesien — das heißt die Eröffnung eines Krieges gegen die Entente — dem Führer der angeblich an der ober-schlesischen Grenze stehenden deutschen Truppen überläßt. Die Dokumente erweisen sich schon bei oberflächlicher Prüfung als Fälschungen. Der Reichswehrminister hat wegen dieser Veröffentlichung Strafantrag wegen Verleumdung des Reichswehrministers gestellt.

Gleichzeitig fordert die „Note Fohne“ wieder zur Revolution auf. „Für die Kommunisten“, sagt sie, „zeigen den Arbeitern den einzigen Rettungsweg: Revolution gegen die deutsche und Entente-Kapitalisten!“ — Der aus der kommunistischen Partei ausgeschlossene Reichstagsabgeordnete Dr. Paul West teilt der Be-

trale in einem Schreiben mit, daß er sein Mandat nicht niederlegt.

Das notwendige Djeer. Einer der bekanntesten Offiziere, der General der Infanterie v. Deimling, erklärt in einem Brief an die „Frankf. Ztg.“: „Das deutsche Volk hat die heilige Verpflichtung, wenigstens den Versuch zu machen, das fürchterliche Unglück und die Schmach einer weiteren Vertreibung deutschen Landes abzuwenden. Denn eine Schmach ist es, wenn man den Feind ins Land hineinläßt, so lange es noch ein Mittel dagegen gibt. Das Mittel ist die Annahme des Ultimatum.“ Zur Entwarnungsfrage erklärt der General: „Ich weiß, daß schwere Bedenken wegen der Entlohnung in Bayern bestehen. Aber warum soll denn gerade in Bayern jeder Bauer seinen Stuben haben? Warum sollen nach dem schweren Wert der Sicherheitspolizei und Reichswehr ausreizen? Wir ändern hätten auch am liebsten unsere Baracken besetzt, aber in Rücksicht auf das Gange haben wir sie abgeben. Die Bayern waren im Kriege hervorragend treue und zuverlässige Kameraden, die für jeden Nachbar im Kampf, des Stammes er auch war, rücksichtslos in den Tod gingen, wenn sie ihm helfen konnten. Und diese Bayern sollten jetzt durch Beileger der Waffenabgabe ihre Volksgenossen an der Mauer dem feindlichen Feind einer Besetzung durch die Entente-Truppen aussetzen wollen, sollten dem deutschen Volke die Franzosen noch weiter ins Land ziehen lassen? Hat der fürchterliche Ernst unserer Lage wird die Einsicht reifen lassen, daß Sonderwünsche — und mögen sie noch so berechtigt erscheinen — dem Wohle des Ganzen geopfert werden müssen.“

Nur Leistung und Arbeit. Reichsminister Dr. Brüch hat auf die Beglückwünschung durch Oberbürgermeister und Stadtrat von Freiburg geantwortet: „Wenn Nord und Süd und alle deutschen Stämme die Zusammenhalten, dann wird das schwere Werk der Wiederaufrichtung des Vaterlandes gelingen. Worte und Proteste können uns nicht freimachen, sondern nur Leistung und Arbeit, haben den Weg zur deutschen Freiheit. Verständigung und Verständigung mit allen denen, die guten Willens sind, ist das Ziel meiner Arbeit.“

Gegenungung für Deutschland. Die Produzentenbörse in Neuhort hat gegen vier Firmen, gegen die sich Deutschland wegen schlechter Getreidelieferungen beklagt hatte, Schritte eingeleitet. Es sind dies die Firmen: „Schles. Zuckerfabrik“, „Schles. Zuckerfabrik“, „Schles. Zuckerfabrik“ und „Schles. Zuckerfabrik“. Gegen die erste wurde auf dauernden, gegen die anderen auf vierjährigen, höchstschonigen Ausschluss vom Märktenverehr erkannt. Die Beschwerde wurde der Börse durch das Staatsdepartement überreicht. Die Firmen hatten Getreide mit Sand gemischt geliefert und mußten Deutschland Gegenungung leisten.

Polenfrage. Die deutsche Polensache auf 26 Prozent hob. Im Unterhaus teilte Chamberlain mit, daß die Regierung es für unmöglich halte, das Gesetz betr. die Polensache auf die deutsche Ausfuhr aufzuheben oder folgende ruhen zu lassen, bis sie weitere Erfahrung gemacht hätte über die Wirkung der Bedingungen, denen Deutschland zugestimmt habe. Der Polensache wurde auf 26 Proz. herabgesetzt, und dieser in England und erhöhte Polensache an die Stelle der allgeringeren Abgabe auf alle deutschen Waren treten, nicht aber eine Vermehrung der Abgabe bedeuten.

Zeitschiff amerikanische Aufsehenshandlungen? „Nationalistende“ meldet aus London Verhandlungen Deutschlands mit Amerika über die Aufnahme einer großen Anleihe bis zu 200 Millionen Pfund. Man glaubt zwar nicht, daß Amerika eine Anleihe von solcher Höhe unterbringen kann, doch nimmt man an, daß Deutschland eine genügend große Summe zum Ankauf von amerikanischen Rohmaterialien erhalten würde.

Italienische Entschädigungsforderung an Polen. Nach einer Meldung der „Schl. Volksztg.“ hat die italienische Regierung eine Note nach Warschau gerichtet, in der sie für die Zahlung der italienischen Offiziere und Soldaten eine Entschädigung in Höhe von 15 Millionen Lire fordert.

minaholizei im Verein mit zwei Hundertstücken der Schuppolizei die größte Razzia vor, die in den letzten zwei gewöhnlich razzienlosen Jahren in Berlin stattgefunden hat. Auf dem Nummernplatz in der Köpenicker Straße wurden an 1000 Personen auf einen ganzen Wagenpark mitgeführter Raubtaschen verhaftet und einem großen Aufwand an Mühe dem Polizeipräsidium zugeführt. Der Razzia ergab sich eine große Anzahl von Raubtaschen, die in einige verächtliche Personen im Gewahrsam des Polizeipräsidiums verblieben.

Gerichtliches.

Eine für das Annoncenwesen wichtige Entscheidung hat das Landgericht I in Berlin in einer Strafsache gegen den Annoncenexzedenten des „Vorwärts“ gefällt, der eine jener bekannten Annoncen angenommen hatte, in der das Publikum zum Bezug einer Schrift aufgefordert wird, in der die Annoncenverhältnisse hierin eine strafbare Handlung der Anpreisung einer unächtigen Schrift erblickt, war die Anklage wegen Verleumdung erhoben worden. Rechtsanwalt Dr. Holpert wies im Termin darauf hin, daß die Bestrafung der Presse in solchen Fällen von allgemeiner Uebersicht sei und über das persönliche Interesse des Angeklagten hinausginge. Wegen Verleumdung wurde die Anklage nicht in Anspruch genommen werden, weil sie im öffentlichen Interesse und dem Vertriebe des Annoncen nicht bestraft sei. Das Urteil selbst, für das die Presse verantwortlich wäre, sei noch keine strafbare Handlung, sondern äußerster Fall der Vorbereitung einer solchen. Aber selbst wenn man schon in dem Inferat eine Verleumdung, das heißt den Beginn der Ausführung erblicken will, so könne die Presse um desselben nicht bestraft werden, weil der Versuch nur in dem vom Gesetz festgelegten Falle strafbar wäre. Dieser Fall liegt aber bei der Verleumdung unächtiger Schriften nicht vor. Das Landgericht schloß sich an prinzipieller Grund diesen Ausführungen an und sprach den Angefaßten frei.

Aushebung einer Falschmünzergarde. Eine Truppendivision wurde von der Kriminalpolizei in Magdeburg ausfindig gemacht und aufgehoben. Es waren vier Personen daran beteiligt, die sich in einem Gefängnis an der Schiffsbrückenstraße eine Truppendivision mit Zehntausend Reichsmark wertigen Mitteln waren getroffen, um 50-Markstücke in ungezählter Menge einschleusen zu lassen. Die Platten waren ebenfalls von sachverständiger Seite hergestellt, ebenso das Papier mit aufgeschlitzten Fasern. Die Falschmünzer wurden festgenommen.

Handgranatentatent auf Eisenbahn. In Magdeburg wurde am Dienstag nachmittag im Stadttheatergarten ein Eisenbahnhandgranatentatent verübt. Der Täter, ein junger Mann Ernst Friese, schleuderte aus Eisenbahn eine Handgranate auf die neben ihm stehende Ballettdame Eva Kule, mit der er längere Zeit verkehrte. Die Kule brach hüftbetriebrt zusammen und wurde im Gesicht und am Bein erheblich verletzt. Zwei in der Nähe stehende Damen wurden ebenfalls schwer verletzt, eine verlor ein Auge, auch zwei Herren, darunter Kaiser Widdede, trugen Verletzungen davon. Der Täter blieb merkwürdigerweise unversehrt. Von der ersten Menge wurde Friese so schwer mißhandelt, daß er von Sicherheitspolizisten nach dem Krankenhanse gebracht werden mußte.

Zeitschiff Nord und Selbstmord. In der Gemeinde Friedrich bei Freiburg hat die 43-jährige Berta Brecht die drei Kinder ihres Bruders mit dem Beil erschlagen und sich dann erhängt. Die Tat wurde in einem Anfall von Selbstmord begangen.

„Herzlich willkommen“. Nach Unterschlagung von erheblichen Summen ist der Fahrkartenverkäufer Willi Schlegel aus Eichlage verhaftet worden. Er war als Fahrkartenverkäufer bei der Fahrkartenausgabe Wiederschleibe beschuldigt und hatte dort seit längerer Zeit durch Unterschlagung von Fahrkarten den Verkauf von Fahrkarten erhebliche Beträge an sich zu bringen versucht, die er in Gemeinschaft mit seiner Braut für sich verbraucht hat. Als er von einer „Erholungsreise“ zurückkehrte, wurde er von Beamten der Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion in seiner Wohnung in Empfang genommen. Die Verhaftungen,

die längere Zeit zurückliegen, hat der Täter eingestanden.

General Stoecker-Steiner gestorben. Lehten Donnerstag ist in Graz der letzte Kriegsminister der österreichisch-ungarischen Monarchie, Generaloberst Rudolf Stoecker-Steiner, gestorben.

Deutsche Lieber singende Kolonialtruppen. Die französischen Truppen, die in den letzten Tagen durch Kaiserlautern zogen, händerten sich ausschließlich aus den früheren deutschen Kolonien und sprachen größtenteils Deutsch. Viele von ihnen sangen auf dem Marsche durch die Stadt deutsche Lieder. (Nach in der Werbung dieser Regier liegt System. Den Regern soll gezeigt werden, daß Deutschland „besteht“ ist, was diesen auf tiefer Kulturstufe stehenden Menschen Deutschland verächtlich machen soll. U. Red.)

Verfüllung durch überproge Mengen von Pyramiden. Zwei junge Soldaten starben in Verdun an den Folgen einer Vergiftung durch ein Gift verarbeiteten worden war. Beide Soldaten, seit einiger Zeit leicht fiebernd, meldeten sich bei der Krankenkasse, worauf ihnen 30 Centigramm Pyramiden verschrieben wurden. Der Krankendokter verabreichte ihnen nun statt 30 Centigramm 30 Gramm Pyramiden. Kurze Zeit darauf wurden die Soldaten von heftigem Ubeln und Darmstörungen hefallen, und innerhalb aller möglichen Maßregeln angeblich wurden, wobei sie in der darauffolgenden Nacht.

Eittlichkeit nach der Ute. Der Verband ungarischer Frauenvereine in Budapest beschloß auf Antrag der Frauenvereinerin Augusta Moienberg, zur Übung der Eittlichkeit von der Regierung zu verlangen, daß die Polikisten jene Frauen und Mädchen, die zu kurze Kleider tragen, anhalten sollen. Die Polikisten sollen mit Ströben ausgerüstet werden, die in Zentimeter eingeteilt sind. Die Beamten sollen jene Frauen, deren Kleider mehr als 25 Zentimeter über dem Knie beginnen, wegen Verletzung des Schamgefühls notieren. Man forderte zum Wohlgefallen jener Männer auf, die mit Frauen in so kurzen Kleider verkehren.

Der Bau der Tausend. Lehtin nahm die Kri-

